

27. Mai 2010

LEA COLLET
PD DR. MARTIN BECK

Bürgergesellschaftliche Beteiligung und lokale Entwicklung:

Aufbau kommunaler Strukturen in Jordanien

Veranstaltungsform: Internationaler Workshop
Datum/Ort: 27. Mai 2010, Mu'tah Universität- Karak
Konzeption: Dr. Khaled Awamleh, Dr. Martin Beck
Organisation: KAS Amman, Visions Center For Strategic and
Development Studies

1. Programmübersicht

Donnerstag, 27. Mai, 2010

Eröffnung

Visions Center for Strategic
And Development Studies
Amman-Jordanien

Dr. Khaled Al Awamleh

Landesbeauftragter der
Konrad-Adenauer-Stiftung
Amman Jordanien

Dr. Martin Beck

Gouverneur von Karak

Ali Al Shora`a

Gouverneur, Vorsitzender der
Abteilung für lokale Entwicklung
Innenministerium

Dr. Raad Al Adwan

Präsident der Mu'tah Universität
Karak – Jordanien

Prof. Abdelrahim Al Hunaiti

Vizepräsident der Mu'tah Universität

Dr. Marouf Al Bakheit

Erste Sitzung: Dezentralisierung, Verwaltungsstrukturen und die Zivilbevölkerung in Jordanien

Dezentralisierung und Menschenrechte aus
einer juristischen Perspektive

Dr. Mohammad Shawqi
Leiter der Fakultät für
Politikwissenschaften Universität Cairo
Ägypten

Dezentralisierung und lokale öffentliche Ver-
waltung

Dr. Raad Al Adwan
Gouverneur, Vorsitzender der
Abteilung für lokale Entwicklung
Innenministerium

Moderator

Dr. Marouf Al Bakheit
Mitglied des Vorstandes
Mu'tah Universität Karak

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

27. Mai 2010

LEA COLLET
PD DR. MARTIN BECK

Zweite Sitzung: Gemeinde-, Männer-, Frauenbeteiligung und der Beitrag des privaten Sektors in kommunaler Entwicklung

Städtische Beobachtungszentren und lokale Entwicklung	Dr. Jihad Abu Alsondas Leiter der Planungs- und Managementfakultät BAU
Die Rolle der Frauen in den Medien und in kommunaler Entwicklung	Sawsan Zaideh
Aufbau von Gemeinden. Wie man eine gerechte Repräsentanz von Frauen und Männern in kommunaler Entwicklung fördern kann	Dr. Renate Reiter Fernuniversität Hagen Institut für Politikwissenschaft Deutschland
Moderator	Dr. Hussein Mahadeen Institut für Soziologie Mu'tah Universität Karak

Schlussdiskussion

Moderator:	Dr. Raed Al Adwan Gouverneur Ali Al Shara'a
	Dr. Jihad Abu Al Sondos Dr. Martin Beck Dr. Khaled Al Awamleh Dr. Renate Reiter Prof. Mohammad Shouqi Ms. Sawsan Zaideh Dr. Amjad Al-Shraideh

2. Zielsetzung

Mit den ersten kompetitiven Wahlen 1989 in Jordanien ebnete König Hussein den Weg für eine Verstärkung der politischen Partizipation, die auch in Jordanien einen - wenn auch beschränkten - Bestandteil des funktionsfähigen politischen Systems ausmacht. König Abdallah II unternahm erste Schritte, um die politischen, sozialen und ökonomischen Rahmenbedingungen zur Verbesserung der politischen Partizipation der jordanischen Bevölkerung im politischen Prozess zu schaffen. Vor diesem Hintergrund wurde 2005 eine königliche Kommission zur Erstellung eines Plans zur Dezentralisierung des politischen Systems in Jordanien gegründet. Offizielles Ziel des Dezentralisierungsplans ist es dabei, die politische Beteiligung der jordanischen Bürgerinnen und Bürger insbesondere auf kommunaler Ebene zu fördern, ein offenes und bürgergerechtes politisches

System zu schaffen und eine Delegation der Macht von der stark zentralisierten Regierungsbürokratie auf die Gouvernements und Gemeinden voranzutreiben.

Während des am 27. Mai 2010 von dem Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Amman in Zusammenarbeit mit dem Visions Center for Strategic and Development Studies an der Mu'tah Universität in Karak organisierten, in zwei Sitzungen unterteilten Workshops standen verschiedene Aspekte der kommunalen Entwicklung im Mittelpunkt. Diskutiert wurden Themen wie die gerechte Repräsentanz zwischen Männern und Frauen auf kommunaler Ebene, die Rolle des privaten Sektors und der Bevölkerung in der kommunalen Entwicklung, das Dezentralisierungsvorhaben der Regierung und die Rolle der Zentralgewalt im Dezentralisierungsprozess.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

27. Mai 2010

LEA COLLET

PD DR. MARTIN BECK

3. Ablauf

Dr. Khaled Awamleh, Leiter des Visions Center, eröffnete den ersten Workshoptag. In seiner Begrüßungsrede sprach er über die Schlüsselrolle der Universität im Bereich regionaler und lokaler Entwicklung. Aufgabe der Universität sei es nicht nur, neues Wissen zu schaffen, es zu vermitteln, zu verbreiten und für seine Anwendung zu sorgen, sondern insbesondere die Humankapitalbildung als Grundlage gesellschaftlicher Entwicklung zu fördern. Die Ausbildung von Fach- und Führungskräften für Wirtschaft, Politik und Gesellschaft sei einer der wichtigsten Pfeiler nachhaltiger nationaler und regionaler Entwicklung.

Dr. Martin Beck, Landesbeauftragter der Konrad-Adenauer-Stiftung in Amman, hob die Initiative König Abdallahs II zur Dezentralisierung des Entscheidungsfindungsprozess als Fortschritt hervor. Die Handlungs- und Investitionsfähigkeiten der Gouvernements und Gemeinden müssten jedoch erheblich verbessert und die Partizipation auf lokaler Ebene gefördert werden. Wichtig sei, dass sich die Regierung dafür einsetze, dass die jordanischen Bürgerinnen und Bürger eine wirkliche Chance bekämen, ihre politischen Ziele auch auf lokaler Ebene durchzusetzen.

Sowohl **Dr. Awamleh**, als auch **Dr. Beck** unterstrichen, dass es sich bei diesem Workshop um die erste gemeinsame Bemühung zwischen der Regierung, den Lokalmedien, den Fachhochschulen und verschiedenen Lobbygruppen handele, eine Veranstaltung zum Thema lokale Entwicklung und politische und zivile Partizipation in Gouvernements und Gemeinden in Jordanien auszurichten.

Der Gouverneur von Karak, Herr **Al Shor'a**, erinnerte an die Feierlichkeiten vom 25. Mai 2010 zum 64. Jahrestag der Unabhängigkeit Jordaniens. Seit seiner Unabhängigkeit habe sich das Land vielen Herausforderungen gestellt. Heute müsse die Regierung, insbesondere vor dem Hintergrund der globalen Finanz- und Wirtschaftskrise,

eine umfassende Entwicklungsstrategie planen und umsetzen, die die Partizipation der Bevölkerung am politischen Entscheidungsfindungsprozess garantiere.

Dr. Shawqi leitete die erste Workshopsitzung mit einem Vortrag über die „Rolle der Dezentralisierung und Menschenrechte aus einer juristischen Perspektive“ ein. Zu Beginn definierte er die Konzepte der Dezentralisierung und der Demokratie. Bei der Dezentralisierung handele es sich um politische Reformmaßnahmen, die die Verlagerung von administrativen, fiskalischen und politischen Funktionen sowie der Ressourcen und Verantwortungen auf regionale und lokale Ebenen der Verwaltung vorsähen. Demokratie definierte er als Regierung des Volkes, durch das Volk und für das Volk. Das Volk sei oberster Souverän und oberste Legitimation des politischen Handelns innerhalb des Staates. Doch übe das Volk nicht unmittelbar Herrschaft aus. Vielmehr seien moderne Demokratien durch politische und gesellschaftliche Organe wie Parlamente, Parteien etc. geprägt, die die Teilhabe des größten Teils der Bevölkerung auf gesetzlich geregelte Teilhabeverfahren beschränkten. Anschließend diskutierte **Dr. Shawqi** ob Dezentralisierung und Demokratie zu den Menschenrechten gezählt werden könnten. Seiner Ansicht nach würden Artikel 21 der UN-Menschenrechtscharta von 1948 und Artikel 25 des Internationalen Pakts über Bürgerliche und Politische Rechte von 1966 deutlich machen, dass es sich bei der Dezentralisierung und der Demokratie um Menschenrechte handele, da all jenes, was Menschenrechte schütze, selbst ein Menschenrecht sei. Er sehe die beiden Konzepte daher in der UN-Charta und im Pakt verankert. Denn in Artikel 21 der UN-Charta und Artikel 25 des Paktes heiße es, dass ein jeder das Recht auf gleichen Zugang zu öffentlichen Ämtern in seinem Land innehaben, an der Gestaltung der öffentlichen Angelegenheiten seines Landes unmittelbar oder durch frei gewählte Vertreter mitwirken müsse und dass der Wille des Volkes,

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

27. Mai 2010

LEA COLLET

PD DR. MARTIN BECK

der durch regelmäßige, unverfälschte, allgemeine und gleiche Wahlen mit geheimer Stimmabgabe zum Ausdruck gebracht werde, die Grundlage für die Autorität der öffentlichen Gewalt bildete.

Dr. Al Adwan stellte in seinem Vortrag über „Dezentralisierung und lokale öffentliche Verwaltung“ das Dezentralisierungsvorhaben der jordanischen Regierung vor. Seit 2009 würde sich ein neugegründetes Komitee mit der Erarbeitung des finanziellen, rechtlichen, organisatorischen und politischen Rahmens zur Implementierung des Dezentralisierungsplans beschäftigen. Die Dezentralisierungsinitiative sehe eine Verlagerung von Macht, Kompetenzen und Ressourcen von der Zentralregierung zu den Gouvernements und Gemeinden vor.

Damit die Zivilgesellschaft im politischen Leben auf allen Ebenen des Staates repräsentiert sei, müssten die Kapazitäten der zwölf Gouvernements ausgebaut werden. Die große sozioökonomische Kluft zwischen der Stadt- und Landbevölkerung zeige, dass die Entscheidungen der Regierung den Bedürfnissen der Bevölkerung nicht gerecht werden.

In der auf die erste Sitzung folgenden Frageunde wurden Möglichkeiten diskutiert, um gegen die Marginalisierung von zivilgesellschaftlichen Organisationen seitens der Regierung anzugehen. Des Weiteren wurden die Fragen aufgeworfen, ob in der arabischen Welt Demokratie vorherrschen könne, ob die Demokratie nicht auch viele negative Seiten habe und ob ein politisches System geprägt von tribalen Strukturen nicht für Jordanien vorteilhafter sei.

Dr. Renate Reiter eröffnete die zweite Sitzung des Workshops und warf in ihrem Vortrag einen Blick auf die verschiedenen Möglichkeiten, Partizipation in Gemeinden zu gestalten. Zu unterscheiden sei zwischen traditionellen Formen der politischen Repräsentanz wie in präsidentiellen und parlamentarischen Regierungssystemen und neuen Partizipationsformen direkter Demokratie. Sie ging dann auf die Partizipation

von Männern und Frauen in Gemeindewahlen und deren Repräsentanz in Gemeindeinstitutionen ein.

Im aktiven Wahlrecht bestünde kaum ein Unterschied in der Beteiligung zwischen Männern und Frauen; beide Geschlechter seien zurzeit in Deutschland vom deutlichen Rückgang der Wahlbeteiligung und des politischen Interesses betroffen. Festzuhalten sei, dass im Gegensatz zu Frankreich, wo eine gleichberechtigte Repräsentanz in Gemeinderäten vorherrsche, in Deutschland Frauen in Gemeinderäten und hohen Führungspositionen unterrepräsentiert seien. Im Folgenden erörterte **Dr. Reiter** Gründe für die ungleiche Repräsentanz in Gemeinderäten: meist sei die Repräsentanz von der Art des Wahlrechts abhängig. Im Gegensatz zum Mehrheitswahlrecht begünstige beispielsweise das Verhältniswahlrecht gerechtere Partizipationschancen. Außerdem müssten in Parteien Quoten die Karrierechancen von Frauen sichern. Des Weiteren herrsche eine ungleiche Vertretung von Männern und Frauen in lokalen sozialen und politischen Netzwerken vor. Die ungleichen zeitlichen Ressourcen und die geschlechtsspezifischen Aufgaben erschwerten eine Gleichstellung der Geschlechter in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft. Quoten, Parteienwettbewerb, Strategien der Parteien und soziale Netzwerke, die Karrierechancen von Frauen fördern, und neue Formen von Basisdemokratie könnten hingegen für eine geschlechtergerechtere Repräsentanz auf lokaler und nationaler Ebene sorgen.

Frau **Zaideh** sprach über die 2003 eingeführte Frauenquote im Parlament. Problematisch sei, dass die Frauenquote aufgrund des jordanischen Wahlrechts Kandidatinnen aus ländlichen und stimmenarmen Gebieten favorisiere. Das neue Wahlgesetz für 2010 sehe vor, die Frauenquote von 6 auf 12 Sitze zu erhöhen. Bisher seien Frauen im jordanischen politischen System jedoch unterrepräsentiert. Grund hierfür sei unter anderem die schwachen Parteistrukturen, die die Kandidatur von Frauen nicht ausreichend

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

AUSLANDSBÜRO JORDANIEN

27. Mai 2010

LEA COLLET

PD DR. MARTIN BECK

förderten. Des Weiteren würden auch die Medien den Frauen nicht wirklich helfen, ihre Stellung innerhalb der Gesellschaft zu verbessern. Zwar würde die Erhöhung der Partizipation von Frauen gelegentlich propagiert werden, um ein besseres Image Jordaniens nach außen hin zu vermitteln, hierbei handele es sich aber lediglich um eine positive Diskriminierung, da die Frauen als gesellschaftlich benachteiligte Gruppe nur vorübergehend begünstigt würden. Zudem würden die Medien die Bedürfnisse von Frauen in Slums oder ländlichen Gebieten nicht widerspiegeln.

Dr. Jihad Abu Alsondas sprach im Anschluss über die Rolle städtischer Beobachtungszentren zur Messung der Indikatoren der lokalen Entwicklung. Solche Zentren seien notwendig, um eine richtige Implementierung der Entwicklungspläne der Regierung zu gewährleisten. Damit die Bevölkerung der Gemeinden sich stärker beim Erarbeiten und Umsetzen der kommunalen Entwicklungspläne engagiere, müsste sie die Möglichkeit erhalten, den Projektverlauf und die Projektwirkungen systematisch zu beobachten und auszuwerten.

Dr. Beck stellte am Ende des zweiten Workshoptages heraus, dass sich die jordanischen Gouvernements und Gemeinden für eine stärkere finanzielle Unterstützung durch die Regierung einsetzen müssten, um ihre Handlungsfähigkeiten ausbauen zu können.

Dr. Al Adwan erklärte, dass die Ergebnisse des Workshops an das Innenministerium als wichtiges Feedback zur Dezentralisierungsagenda weitergeleitet würden. **Dr. Reiter** und **Frau Zaideh** hoben die wichtige Rolle der Frauen in kommunaler Entwicklung und bürgerschaftlicher Partizipation als Vermittlerinnen genderspezifischer Bedürfnisse hervor.

4. Fazit

Als erste gemeinsame Veranstaltung zwischen der Regierung, den Lokalmedien, den Fachhochschulen und verschiedenen Lobby-

gruppen hat der Workshop der KAS und des Visions Center eine Debatte darüber angestoßen, wie bürgerschaftliche Beteiligung und kommunale Entwicklung in Jordanien gefördert werden könnten. Die Teilnahme des Gouverneurs von Karak, Herrn **Ali Al Shora`a**, sowie vieler anderer hochrangiger Experten verdeutlichte, wie wichtig den politischen Entscheidungsträgern und Experten der Austausch über Konzepte der lokalen Entwicklung, bürgerschaftliche Partizipation und Dezentralisierung des politischen Systems ist. Der Workshop erfüllte die Funktion, Experten aus unterschiedlichen Bereichen zusammenzuführen und brisante Themen wie die Dezentralisierung von Macht und finanziellen Ressourcen zu diskutieren. Besonders der Beitrag von **Dr. Reiter** zu geschlechtergerechten Repräsentanz im politischen System eröffnete vielen Teilnehmern eine neue Perspektive im Hinblick auf Geschlechtersegregation und Genderquality in der politischen Partizipation.

Das Feedback auf den Workshop war sehr positiv. Viele Teilnehmer wussten die Möglichkeit eines freien Meinungs austausches zu bisher selten debattierten Problematiken zu schätzen. Es ging ein deutliches Interesse an einer Folgeveranstaltung und Intensivierung der Dezentralisierungsgespräche aus der aktiven und angeregten Teilnahme der Experten und Gäste hervor.